

Unterstützung der Umweltverwaltung vom Westbalkan bis zum Baltikum - Zwei deutsch-estnische und ein deutsch-serbisches Twinning-Projekt abgeschlossen -

Das Bundesumweltministerium beteiligt sich seit 1998 aktiv am EU-Twinning, in dessen Rahmen Langzeitberater aus deutschen Behörden in Partnerländer entsandt werden, um diese in der Vorbereitung auf den EU-Beitritt bzw. der Annäherung an die EU und der vollständigen Umsetzung des EG-Umweltrechts zu unterstützen.

Kapazitäten der serbischen Wasserwirtschaft gestärkt

Am 23. August 2008 konnte das erste deutsch-serbische Umwelt-Twinning-Projekt zur Stärkung der serbischen Wasserwirtschaftsverwaltung erfolgreich abgeschlossen werden. Im April 2008 haben die EU und Serbien ein Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Serbien hat angekündigt, Twinning in den nächsten Jahren weiterhin zur Unterstützung des Umweltbereichs zu nutzen.

Das Twinning-Projekt war mit einem Budget von 2,2 Millionen Euro aus Mitteln des EU-CARDS-Programms über eine Laufzeit von zwei Jahren sehr umfangreich angelegt. Zwei Langzeitberatern vom Brandenburgischen Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz sowie aus der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg waren über die Projektlaufzeit in Belgrad tätig.

Das Vorhaben diente der Umsetzung von zwei wesentlichen Zielen: erstens die institutionelle und organisatorische Fortentwicklung der serbischen Wasserwirtschaftsverwaltung zu unterstützen und zweitens den Aufbau des Monitoringsystems für Grund- und Oberflächengewässer in Anlehnung an die EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zu fördern. Hauptpartner des Projekts waren das beim Ministerium für Landwirtschaft und Wasser angesiedelte Wasserdirektorat sowie das Hydrometeorologische Institut „Hydromet“.

Orientiert an der WRRL gaben deutsche Experten Hinweise auf eine moderne administrative Umsetzung der EU-Vorgaben. Sie analysierten das nationale serbische Recht nicht nur im Hinblick auf die WRRL, sondern auch im Hinblick auf eine spätere Transformation weiterer wichtiger EG-Richtlinien auf dem Gebiet des europäischen Wasserrechts.

Um die Effizienz der Verwaltung zu steigern, erarbeiteten die Partner Vorschläge zur Verbesserung der behördeninternen und behördenübergreifenden Kommunikation und Organisation. Die deutschen Experten regten beispielsweise an, ministerielle von operativen und Vollzugsaufgaben zu trennen. Im Rahmen von Strategiepapieren und Schulungsveranstaltungen wurden institutionelle Fragen wie die mittel- und langfristige Finanzplanung, Öffentlichkeitsarbeit und Grundsätze der Personalentwicklung bearbeitet.

Beim Thema Monitoring standen Schulungen im Laborwesen und zur Anwendung von Geoinformationssystemen im Mittelpunkt. Sie halfen den serbischen Kolleginnen und Kollegen, die Rahmenbedingungen für eine moderne Wasserwirtschaftsverwaltung zu verbessern. Am Beispiel des Flussgebiets Kolubara wurden die serbischen Partner in die Erarbeitung eines Bewirtschaftungsplans nach der WRRL eingeführt. Weitere zentrale Themen des Projekts waren der formelle und informelle Datenaustausch innerhalb und zwischen den zuständigen Verwaltungseinheiten sowie die Entwicklung von Vorgaben für ein funktionsfähiges Qualitätsmanagement.

Ein „Nebenprodukt“ des Projektes stellten der Aufbau und die Installation einer ersten automatischen Messstation in Serbien am Fluss Kolubara dar, die von der Freien und Hansestadt

Hamburg sowie dem Bundesumweltministerium gestiftet wurde. Diese Messstation dient auch der Schulung der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und soll als Pilotanlage für weitere Messstationen eingesetzt werden.

Estland – Verwaltungskooperation zwischen EU-Mitgliedstaaten

Gemeinsam mit dem estnischen Umweltministerium hat das Bundesumweltministerium zwischen Juni 2007 und Oktober 2008 zwei Twinning-Projekte implementiert. Estland hat damit wesentliche EU-Verpflichtungen zum Umgang mit klimaschädlichen fluorierten Gasen erfüllt sowie das nationale Umweltstörfallvorsorgesystem weiterentwickelt. Da Estland seit 2004 EU-Mitglied ist, kann es das Twinning-Instrument nur noch für kurze Zeit und in geringem Umfang nutzen.

Umweltunfallvorsorge

Am 26. September 2008 fand in Tallinn die Abschlussveranstaltung des Projekts „Kapazitätsaufbau zum Umgang mit Umweltstörfällen und Notfallsituationen in Estland“ statt. Estland hat als Transitland mit Zugang zum Meer ein hohes Risiko für Unfälle auf Straße, Schiene und Seetransport mit negativen Folgen für die Umwelt. Zentrales Ziel des Projekts war es daher, ein umfassendes Präventions- und Krisenmanagementsystem für Umweltunfälle zu etablieren.

Eine besondere Herausforderung des Vorhabens lag darin, die zahlreichen Institutionen, die an der Unfallvorsorge und -bewältigung in Estland beteiligt sind, in das Projekt zu integrieren. Neben dem estnischen Umweltministerium als Hauptpartner nahmen u.a. das Umweltforschungszentrum, die Umweltaufsichtsbehörde, das Strahlenschutzzentrum, das Innenministerium, der Grenzschutz, der Rettungsdienst/Katastrophenschutz und die Feuerwehr teil. Im Ergebnis wurden Vorschläge für ein effizienteres System von Zuständigkeits- und Aufgabenverteilung erarbeitet, die sowohl rechtliche Änderungen als auch die Etablierung langfristiger Kooperationsstrukturen beinhalten. Zur Umsetzung der Vorschläge wurde beispielsweise ein Kooperationsabkommen zwischen dem Rettungsdienst und dem Umweltforschungszentrum, das bei Unfällen die Laboruntersuchung gefährlicher Stoffe übernimmt, abgeschlossen.

Ein weiterer wichtiger Bereich war die Verbesserung der Sicherheit in Industrieanlagen. Deutsche und estnische Experten erarbeiteten Verbesserungsvorschläge für die Umsetzung der Seveso II-Richtlinie in Estland, insbesondere im Hinblick auf die künftige Landnutzungsplanung. Sie besuchten beispielhaft sechs risikogefährdete Betriebe und analysierten die dortige Krisenmanagementplanung.

Um die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen unter realen Bedingungen zu trainieren, fand u.a. eine umfangreiche Simulation eines Umweltunfalls auf dem Trainingsgelände der Feuerwehr in Väike Maarja statt. Dabei wurde nicht nur der Einsatz von Feuerwehr, Rettungsteams, Umweltlabors und Krisenstab geübt, sondern auch die Kommunikation untereinander und gegenüber Bevölkerung und Presse im Katastrophenfall.

Ein wesentliches Instrument zur Katastrophenvorsorge ist der Aufbau geeigneter Informationssysteme. Im Rahmen des Projekts wurden drei Datenbanken aufgebaut. „EESIS“ verknüpft geographische mit weiteren Informationen für das Management im Krisenfall. Die chemische Datenbank „RESY“ wurde von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg bereitgestellt und auf Estland übertragen. Die Kooperation wird über das Projekt hinaus fortgeführt. Mit Hilfe von COSY können Ölverschmutzungen aufgrund der chemischen Analyse der Ölproben schnell charakterisiert und die Verursacher dadurch leichter ermittelt werden.

An dem Twinning-Projekt waren von deutscher Seite insgesamt 25 Experten aus Umwelt- und Innenbehörden des Bundes und der Länder beteiligt, das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie stellte den Langzeitberater.

Reduktion fluorierter Treibhausgase

Ziel dieses Projekts war es, Estland bei der Reduktion klimaschädlicher fluorierter (F-)Gase zu unterstützen und damit die Anforderungen der EG-Verordnung 2003/0189 zu erfüllen. Diese sieht eine Inventur und Überwachung aller Sektoren vor, die F-Gase produzieren, handeln oder entsorgen. Dies betrifft zum Beispiel Klimaanlage in Kraftfahrzeugen, Industriekühlschränke, Feuerlöscher oder die Produktion von Bauschäumen.

Wichtigstes Ergebnis war die Schließung der Lücke im estnischen Inventar für Treibhausgase durch Erstellung eines vollständigen F-Gas-Registers für Estland. Dazu ermittelten deutsche und estnische Experten die F-Gas-Emissionen bei allen einschlägigen Sektoren. Ein Hauptemittent sind die 250.000 mobilen Klimaanlagen. Sie wurden mit Unterstützung des heimischen KFZ-Amtes identifiziert und mittels einschlägiger statistischer Methodik berechnet. Des Weiteren erarbeiteten sie Vorschläge für ein effizienteres Emissionskontrollsystem.

Um das System praktisch zu implementieren, hat die EU-Kommission die Mindestanforderungen für ein Schulungs- und Zertifizierungssystem der bedeutendsten F-Gas-Sektoren „Klima- und Kälte, Umspannungstechnik und Feuerlöschsysteme“ etabliert, das für alle Mitgliedstaaten gilt. In Zusammenarbeit mit dem estnischen Umwelt- und Bildungsministerium sowie öffentlichen und privaten beruflichen Bildungseinrichtungen wurde ein entsprechendes Ausbildungsprogramm erarbeitet und institutionell eingerichtet; die künftigen Ausbilder wurden in Deutschland geschult.

Zur Information der betroffenen Betriebe sowie die Öffentlichkeit über die Auswirkungen von F-Gasen auf das Klima erstellten die Projektpartner zahlreiche Handreichungen und Informationsmaterialien. In Schulungen wurden u.a. die Möglichkeiten einer langfristigen Substitution von F-Gasen durch weniger klimaschädliche Gase vorgestellt und diskutiert. Mit Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz wurde zusätzlich das Instrument „Eco-Klima“, das die Kontrolle von F-Gas-Emittenten über ein Web-Portal ermöglicht, in Estland installiert.

Die wichtigste estnische Partnerbehörde war neben dem Umweltministerium das Umweltforschungszentrum und -labor. Auf deutscher Seite haben insbesondere das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, das den Langzeitberater gestellt hat, sowie das Umweltbundesamt und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit das Projekt gestaltet.

Das estnische Umweltministerium würdigte im Rahmen der Abschlusskonferenz am 3. Oktober 2008 in Tallinn die Erstellung des F-Gas-Registers als wichtigen Schritt beim Aufbau der estnischen Klimaberichterstattung. Die Erfahrungen aus dem F-Gas-Projekt sollen auch für die künftige Erarbeitung des gesamten Klimagasinventars in Estland genutzt werden.

(Referat KI II 5 „Zusammenarbeit mit Staaten Mittel- und Osteuropas sowie den Neuen Unabhängigen Staaten“)